



ANTIFASCHISMUS

HINTERGRÜNDE UND ANALYSE

ZUR DEFINITION UND REZEPTION

AUGEN AUF HAMBURG

Antifaschismus – Hintergründe und Analyse zur Definition und Rezeption

Demokratischer versus linksextremistischer Antifaschismus

Der „antifaschistische Kampf“ ist ein Hauptagitationsfeld von Autonomen bzw. Antifa-Gruppierungen. Der Kampf gegen Faschisten und Rassisten muss aus deren Sicht in die eigenen Hände genommen werden, da der Staat bzw. die Sicherheitsbehörden potenziell faschistisch und rassistisch agierten. Hauptsächlich nutzen gewaltbereite Autonome bzw. regionale „Antifa“-Gruppierungen („Antifa heißt Angriff“) den „antifaschistischen Kampf“ zur Mobilisierung ihrer Anhängerschaft und zur Rechtfertigung gewaltsamer Handlungen gegen Vertreter des Rechtsstaates (Polizei und Justiz), da diese (vermeintliche) Rechtsextremisten und „Rechtspopulisten“ schützten. Dabei wird auch offen zur Gewaltanwendung gegenüber dem politischen Gegner aufgerufen. Die Auskehr personalisierter Daten („Steckbriefe“) – unter dem Motto „Antifa is watching you“ – politischer Gegner erfolgt meist mit subtilen oder auch offenen Aufforderungen zur Militanz diesen Personen gegenüber. Im Rahmen der „antifaschistischen Selbsthilfe“ werden desgleichen robuste Aktionen angeregt, die sich in erster Linie gegen den politischen Gegner, insbesondere gegen tatsächliche oder vermeintliche „Nazis“ richten. Dadurch kommt es regelmäßig zu hohen Sachschäden, teilweise aber auch zu Personenschäden. Im Rahmen „antifaschistischer Aktionen“ gegen rechtsextremistische oder „rechtspopulistische“ Veranstaltungen und Demonstrationen arbeiten Linksextremisten der verschiedenen Spektren auch über bestehende ideologische Gräben hinweg problemlos zusammen.

Kaum ein politischer Begriff wird so oft missverstanden, fehlgedeutet, inflationär gebraucht und vor allem manipulatorisch verwendet, wie der des „Antifaschismus“. Mit dem Begriff „Antifaschismus“ verbindet man zunächst keine negative Assoziation, da er seine Gegnerschaft zum Faschismus – und in Deutschland zum Nationalsozialismus – klar zum Ausdruck bringt. Mehrheitlich vereinnahmen jedoch Linksextremisten diesen Begriff für sich. Sie behaupten, dass der kapitalistische Staat den Faschismus hervorbringe, zumindest aber toleriere. Daher richtet sich der Antifaschismus nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten und „Rechtspopulisten“, sondern auch meistens gegen den Staat und seine Repräsentanten, insbesondere gegen Angehörige der Sicherheitsbehörden. Antifaschismus ist per se nicht zwangsläufig linksextremistisch. Vielmehr kommt es darauf an, was die jeweils handelnden Akteure unter „Faschismus“ subsumieren und welche Forderungen sie daraus ableiten. Zur Beantwortung der Frage ob das Engagement gegen den „Faschismus“ extremistisch oder demokratisch legitimen Ursprungs ist, muss Folgendes beachtet werden: Richtet sich das Engagement nur gegen den Rechtsextremismus oder auch gegen den demokratischen Rechtsstaat? Werden die Regeln des demokratischen Rechtsstaats akzeptiert oder sind alle Mittel im „Kampf gegen Rechts“ und Rechtsextremisten erlaubt und durch das hehre Ziel legitimiert?

Die singuläre Grundposition „Antifaschist“ setzt nicht zwingend voraus, dass jeder Antifaschist auch ein Demokrat ist. So waren Erich Honecker und Joseph Stalin (bis auf eine kurze zweijährige Unterbrechung 1939-1941) glühende „Antifaschisten“, aber alles andere als Verfechter

AUGEN AUF HAMBURG

einer parlamentarischen Demokratie. Linksextremisten versuchen den breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Rechtsextremismus zu instrumentalisieren, um von Demokraten als Partner akzeptiert zu werden.

Der Begriff Antifaschismus lässt sich auf das Jahr 1922 datieren, dem Beginn der faschistischen Herrschaft Mussolinis in Italien, die bis 1943 andauern sollte. Der Terminus „Faschismus“ wurde von der Mussolini-Bewegung selbst gewählt und bedeutet die Bündelung der politischen Kräfte der Mittelschicht zu einer Massenbewegung sowie deren wirtschaftliche Kräftigung in Kombination mit einer Übersteigerung des Nationalgefühls sowie der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und Verherrlichung des Führerprinzips. Konträr zur kommunistischen Ideologie sah das Konzept des Faschismus keine Enteignung des Großkapitals bzw. Eigentümer von Produktionsmitteln vor, die sozialen Unterschiede sollten vielmehr durch die Überbetonung der Zugehörigkeit zum eigenen Volk überwunden werden. Diese Besinnung auf das nationale Bewusstsein fand in weiteren europäischen Ländern großen Anklang, so dass in vielen europäischen Ländern vergleichbare Bewegungen entstanden. Die Wurzeln des deutschen Antifaschismus liegen in der Ablehnung und im Widerstand gegen die Diktatur der Nationalsozialisten. Im demokratischen Sinne verstand man anfangs die liberale bzw. demokratische Opposition gegen Mussolini als „Antifaschismus“. Große Verbreitung fand diese Bezeichnung dann später in der Ablehnung einer Diktatur, die im Namen des Volkes (Überbetonung der Volkszugehörigkeit) Grundrechte aushebelte und politisch Andersdenkende verfolgte und tötete. Neben den Gegnern Mussolinis verstanden sich auch die Gegner der spanischen Militärdiktatur als Antifaschisten.

In den kommunistischen Bewegungen bildeten sich zu der damaligen Zeit diverse Faschismustheorien heraus, die den Faschismus als Krise bzw. als Ursache des Kapitalismus ansahen. Die bekannteste lieferte Georgi Dimitroff, darin wurde der Faschismus als „terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ bezeichnet. Damit ist definiert, dass „bürgerliche Demokratie“ und Faschismus zwei Ausprägungen des Kapitalismus seien, die sich wechselseitig bedingen. Diese Definition benutzte die KPD, auf Anweisung Moskaus, auch in der Weimarer Republik, um die SPD als „sozialfaschistisch“ zu diskreditieren. Ein konsequenter Antifaschismus tritt in diesem Sinne für die Abschaffung der Marktwirtschaft („Kapitalismus“) ein und damit auch der als bürgerlich geltenden parlamentarischen Demokratie. Insofern richtet sich ein solches Verständnis der Kommunisten nicht nur gegen Faschisten bzw. Rechtsextremisten, sondern auch gegen bürgerliche Demokraten unterschiedlichster Ausrichtung. Dieses Faschismusverständnis, das heute von Antifa-Gruppen und anderen Linksextremisten immer noch antizipiert wird, dient vorrangig zur Begründung eigener Machtansprüche, der ideologischen Legitimation und der Diskreditierung politisch Andersdenkender.

Somit ist „Antifaschismus“, ebenso wie „Antikommunismus“, singulär betrachtet und für sich alleinstehend keine demokratische Position. Beide politischen Denkschulen beziehen sich lediglich auf die Ablehnung des jeweils anderen politischen Systems. Dieses politische Engagement

AUGEN AUF HAMBURG

kann Ausfluss einer demokratischen Haltung sein, sie kann aber auch aus einer antidemokratischen Haltung heraus erfolgen. So lehnten und lehnen Rechtsextremisten mit Demokraten den Kommunismus ab und Linksextremisten mit Demokraten den Faschismus. Beim „Antifaschismus“ erfolgt die Identifikation der Personen, die sich zu diesem Begriff bekennen nicht durch einen gemeinsamen Wertekanon der seinen Ursprung in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung findet, sondern durch die Ablehnung einer besonderen Ideologie oder Herrschaft in Gestalt des Faschismus. Dieses Verständnis schließt daher auch die Einreihung von Antidemokraten unter den Begriff „Antifaschismus“ ein. Beispielgebend seien hier gerade die totalitären kommunistischen Staaten genannt, denn diese waren per Definition antifaschistisch und zugleich zutiefst undemokratisch.

Auch die DDR betrachtete sich als antifaschistischer Vorzeigestaat. Antifaschismus diente dabei als Staatsdoktrin („antifaschistischer Staat“) und Legitimation für die Diktatur des Arbeiter- und Bauernstaates. So habe man, mit der Gründung der DDR, durch die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus den Faschismus endgültig überwunden. Die simplifizierte Frontstellung von Kapitalismus und Antifaschismus wurde dabei zur tragenden Säule dieser antifaschistischen Sichtweise und diente gleichzeitig der Zurückweisung von Kritik an diesem Staat. Da der Terminus Antifaschismus vor Kritik immunisieren sollte, erfolgte dessen Verwendung über Jahrzehnte hinweg zu unterschiedlichen Gelegenheiten und in mannigfacher Anzahl. So wurde der Volksaufstand am 17. Juni 1953 als „faschistischer Putschversuch“ verunglimpft und den Bau der Berliner Mauer, samt ihrer zahlreichen Toten, konstruierte die kommunistische Führung der DDR als „antifaschistischen Schutzwall“. Innerhalb weniger Jahre war aus der Begrifflichkeit, die initial Widerstand gegen totalitäre Systeme beschreibt, zum kommunistischen Gründungsmythos geworden; dieser sollte sich dann bis zum Ende der DDR halten, wobei dieser Antifaschismus in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts bei den Bewohnern des Arbeiter- und Bauernstaates immer weniger verfiel und an Glaubwürdigkeit einbüßte.

In der Tradition der antifaschistischen Staatsdoktrin der DDR steht auch die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) unter Berufung auf den Schwur von Buchenwald („Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“). Dieser 1947 gegründete Zusammenschluss mit augenscheinlich überparteilichem Anspruch verstand sich von Anbeginn als Interessenvertretung kommunistischer Häftlinge und kommunistischer Widerstandskämpfer. Die KPD bzw. DKP hatten diese Vereinigung schon früh als Hilfs- und Vorfeldorganisation gekapert und zur Einflussgewinnung in der Bundesrepublik Deutschland instrumentalisiert. Zu Beginn der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts öffnete man sich schließlich auch jüngeren Personengruppen ohne Verfolgungsbiographie während der Zeit des Nationalsozialismus, um die Perpetuierung des Aktionsfeldes „Antifaschismus“ zu gewährleisten. Die Führung dieser Vereinigung bestand aus Angehörigen oder Sympathisanten der KPD bzw. DKP, deren Finanzierung erfolgte bis 1989 durch die DDR. Auch nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes änderte sich an der Dominanz orthodox kommunistischer Kräfte an der Spitze nur wenig.

AUGEN AUF HAMBURG

Man teilte mit anderen orthodoxen Kommunisten das gemeinsame Narrativ des „Antifaschismus“. Dieses besagt, dass durch den „antifaschistischen Kampf“ zuerst rechtsextremistische, später auch demokratische konservative und sonstige unliebsame Positionen aus dem Spektrum zulässiger Meinungen ausgeschaltet werden sollen, um dann zu einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ zu gelangen. Linksextremisten agitieren seit Jahrzehnten mit Hilfe des Vehikels „Antifaschismus“, um unerwünschte politische Auffassungen von Andersdenkenden zu diskreditieren und reichen diesen von Generation zu Generation weiter. Dieses Narrativ ist auch bei den heutigen Autonomen und Antifa-Gruppierungen anhängig und Teil ihrer politischen DNA. Insbesondere die Autonomen und Antifa-Gruppierungen, die sich oft gewalttätig sowohl an Demonstrationen sowie an Tötlichkeiten (Körperverletzungen) gegenüber Rechtsextremisten und „Rechtspopulisten“ beteiligen, streben im Rahmen ihrer Bündnispolitik die Übernahme von Führungsfunktionen in antifaschistischen Organisationen und Bündnissen, um diese dann zu majorisieren. Selbst militantes Vorgehen gegen Polizeibeamte sieht man in der Szene als positiven Ausdruck einer „Antifaschistischen Aktion“ und stärkt das soziale Ansehen der Täter in ihrer Peergroup. Im Zentrum der Agitationen der Antifa steht immer die Bekämpfung des bürgerlichen Wertesystems der Bundesrepublik Deutschland sowie deren Wirtschaftsordnung, worin die eigentliche Ursache und Wurzel des Faschismus gesehen wird.

Fazit:

Der Terminus Antifaschismus wurde über Jahrzehnte hinweg missbräuchlich verwendet, instrumentalisiert und damit diskreditiert. So diente er der DDR, dem real existierenden Sozialismus, zur Begründung und Legitimierung des Baus der Berliner Mauer („Antifaschistischer Schutzwall“). Ebenso nutzten andere kommunistische Diktaturen diesen Begriff, um sich zu legitimieren und vor Kritik anderer zu immunisieren. Ergänzend nutzen hiesige Linksextremisten wie Autonome und Antifas seit Jahrzehnten diesen Begriff, um politische Meinungen, die nicht mit ihrem Weltbild kohärent sind, zu verunglimpfen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass Antifaschismus keineswegs automatisch eine linksextremistische Position darstellt. In jedem Fall gilt stets zu ergründen, was die jeweiligen „Antifaschisten“ konkret unter „Faschismus“ verstehen und welche Forderungen sich aus ihrem Selbstverständnis als „Antifaschisten“ ergeben. Ob das Engagement extremistisch oder demokratisch orientiert ist, lässt sich daran ablesen, ob sich die Ablehnung nur gegen Rechtsextremisten richtet oder auch gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates manifestiert. Gemeinhin operieren extremistische Antifaschisten mit einem sehr weit gefassten Faschismusbegriff und ordnen andere Demokraten (meist Konservative oder Liberale) dem Faschismus bzw. Rechtsextremismus oder „Rechtspopulismus“ zu. Mit dieser Diskreditierung geht schließlich auch eine Verharmlosung des Faschismus bzw. Nationalsozialismus einher, die mit Sicherheit nicht im Interesse derer liegt, die sich aus einer redlichen Positionen heraus mit Antifaschismus befassen; zudem ist dieser Faschismusbegriff auch materiell nicht zu begründen. Subsumierend ist festzuhalten: Jeder überzeugte Demokrat ist zugleich ein Gegner des Faschismus bzw. Nationalsozialismus, allerdings ist Antifaschismus singular betrachtet noch keine demokratische Position.

AUGEN AUF HAMBURG